

CDU- Antrag zur Vorlage VIII - AF/2013/013



CDU -Fraktion
im Landkreis Aurich

Berumbur, 19.06.2013

Herrn

Landrat Harm-Uwe Weber
Landkreis Aurich
Fischteichweg 7 - 13
26603 Aurich

Ä N D E R U N G S A N T R A G

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.04.2013
- Initiative gegen Rechts -

Sehr geehrter Herr Landrat Weber,

die CDU – Kreistagsfraktion wird den "Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.04.2013; Initiative gegen Rechts - Vorlage: VIII-AF/2013/013" mit dem vorgelegten Text und der nur einseitigen inhaltlichen Ausrichtung ablehnen. Die Prävention gegen Extremismus darf nicht einseitig erfolgen, sondern muss sich auf alle Formen und Ausprägungen beziehen.

Ich bitte Sie, für die Sitzung des Kreistages am 25.06.2013 unter dem Tagesordnungspunkt 21 „Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.04.2013; Initiative gegen Rechts“ über folgenden Änderungsantrag der CDU – Kreistagsfraktion abstimmen zu lassen:

1. Der Kreistag tritt jeder Form von Extremismus, jeder Form von Gewalt und jeder Form von Terror entschieden entgegen, ob sie von rechts, ob sie von links oder ob sie von anderen extremen Gruppierungen ausgeführt wird.

Wir sind entschlossen, unser offenes, tolerantes und menschliches Zusammenleben gegenüber den Feinden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu verteidigen.

Vor über einem Jahr kamen die entsetzlichen Gewaltverbrechen der jahrelang unbemerkt gebliebenen Tätergruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ans Licht. Sie haben gezeigt, zu welchen Taten militante Rechtsextremisten hierzulande fähig sind.

Die Aufarbeitung der rechtsextremistisch motivierten Mordserie macht deutlich, dass es einen klaren sicherheitspolitischen Handlungsbedarf gibt.

Der Kampf gegen Extremismus und Gewalt ist aber nicht allein eine sicherheitspolitische Aufgabe, sondern er ist eine Aufgabe der Gesamtgesellschaft. Es muss alles dafür getan werden, dass sich derartige Verbrechen in Deutschland nicht wiederholen.

In diesem Kontext ist die durch den Kreistag bereits beschlossene Resolution und das damit verbundene gemeinsame politische Signal gegen alle Formen des Extremismus außerordentlich zu begrüßen. Das gilt vor allem mit Blick auf den Rechtsextremismus und seine menschenverachtende Ideologie.

Aber auch andere Phänomene des politischen und religiösen Extremismus müssen genau im Auge behalten werden. Dazu verpflichtet das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften Demokratie.

Die extremistischen Gefahren sind vielfältig.

Die wehrhafte Demokratie darf auf keinem Auge blind sein – weder links noch rechts. Nur mit einer konsequenten Null-Toleranz-Politik lässt sich verhindern, dass Hemmschwellen immer weiter sinken.

Der Kreistag wird den Kampf gegen verfassungsfeindliche Strukturen fortsetzen und lehnt den Extremismus sowie die Gewaltkriminalität in jeder Form ab, egal ob rechts, links oder islamistisch motiviert.

Der Rechtsstaat darf vor seinen Gegnern nicht zurückweichen.

Recht und Freiheit müssen geschützt und durchgesetzt werden.

2. Vor diesem Hintergrund schlägt die CDU - Kreistagsfraktion dem Kreistag folgende Beschlussfassung vor:

Der Landrat wird beauftragt, sich umfassend durch externe Berater (Polizei, Verfassungsschutz, Landespräventionsrat) über geeignete Möglichkeiten und Maßnahmen in der Extremismusprävention beraten zu lassen.

Darüber hinaus wird der Landrat beauftragt, Vorschläge eines Präventionskonzeptes für den Kreistag Aurich zu erarbeiten, die sich thematisch und nachhaltig mit dem Extremismus in allen seinen Formen auseinandersetzen.

Mit freundlichen Grüßen

